

Liebe Leserin, lieber Leser,

für unseren Vorstoß zu einer Flatrate im öffentlichen Nahverkehr haben wir einigen Zuspruch, aber auch Widerspruch erhalten. Wir halten die Diskussion darüber für notwendig, wenn wir den Verkehr in unserer Stadt zukunftsfähig gestalten wollen.

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Eine Flatrate für den Nahverkehr

Die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein wichtiger Bestandteil unserer Verkehrspolitik. Dementsprechend hatte der Parteitag des Unterbezirks Region Hannover im vergangenen Jahr ein umfangreiches und umfassendes Verkehrskonzept beschlossen.

Wir haben nun einen der darin enthaltenen Vorschläge aufgegriffen und zur Diskussion gestellt: eine ÖPNV-Flatrate. Gemeint ist damit ein umlagefinanzierter Nahverkehr: Wie genau die Umlage gestaffelt werden würde und was für weitere Finanzierungswege gefunden werden, werden wir in den kommenden Wochen und Monaten überprüfen. Wichtig ist uns, dass es eine sozial gerechte Ausgestaltung der Finanzierung geben kann. Der ÖPNV ist ein Teil der Daseinsvorsorge und gleichzeitig Teil des Umweltverbundes im Verkehr. Für den Klimaschutz würde eine solche Attraktivitätssteigerung eine massive Stärkung klimaschonender Mobilität bedeuten. Uns ist bewusst, dass dies nicht von heute auf morgen umzusetzen ist, sondern Vorlauf und viele Gespräche benötigt.

Dennoch stellen wir diesen Vorstoß zur Diskussion. Dies umso mehr, als wir denken, dass damit zum einen eine deutliche Kostensenkung einhergehen könnte, da Automaten oder Fahrschein-kontrolleur*innen überflüssig würden; und zum anderen, weil wir eine Förderung durch das Land und den Bund für möglich halten. So wäre ein solcher umlagefinanzierter ÖPNV ein Modellprojekt für den Verkehr der Zukunft, für den der Bund derzeit verschiedene Förderprogramme aufgelegt hat. Auch seitens des Landes wäre aus diesem Grund eine Förderung vernünftig, zumal es erhebliche Kosten für das Vorgehen gegen das Schwarzfahren sparen würde.

Unseren Vorstoß wollen wir innerhalb der Partei, mit den Verkehrsträgern, aber auch mit den Menschen in den Quartieren diskutieren.

Aus dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

Um den Wohnungsbau in Hannover voranzutreiben und dabei preisgünstige Wohnungen zu schaffen, haben wir vorgestern, am 16. September, in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss unseren Antrag mit dem Auftrag an die Verwaltung eingebracht, ein Modellprojekt für **8-Euro-Wohnungen** (Netto-Kaltmiete) anzuschreiben ([DS 1757/2020](#)). Möglich wird dies dadurch, dass die Baukosten durch eine günstige Holzbauweise erheblich sinken. Ein entsprechendes Projekt gibt es bereits in Hamburg, das in Hannover soll unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft hanova ausführen.

Die Verkehrssicherheit in Hannover wollen wir weiter erhöhen und den Verkehrsfluss verbessern. Dazu haben wir zwei Anträge unseres Ampelbündnisses verabschiedet.

So soll die Verwaltung Vorschläge unterbreiten, welche Maßnahmen an Ampelkreuzungen helfen könnten, **Unfälle durch abbiegende LKW zu vermeiden** ([DS 1759/2020](#)). Im Blickpunkt stehen dabei vor allem sogenannte „Trixi-Spiegel“, durch die LKW-Fahrer*innen einen besseren Überblick an Kreuzungen erhalten können. Zahlreiche dieser Spiegel sind in den letzten beiden Wochen bereits im Stadtgebiet montiert worden; sie bieten Autofahrer*innen einen Blick in den „toten Winkel“.

Um den Verkehrsfluss zu verflüssigen, soll die Verwaltung die neue **sensorgestützte Ampelsoftware** an neuralgischen Knotenpunkten einsetzen und optimieren ([DS 1761/2020](#)).

Beschlossen haben wir auch einen Antrag ([DS 1719/2020](#)), die **Maschseeordnung** zu überarbeiten. Zunächst soll Schlauchbooten oder schlauchbootähnlichen Wasserfahrzeugen (z.B. Mega-SUP), die notwendig sind, damit Menschen mit Behinderungen Sport auf dem Wasser treiben können, der Verkehr auf dem Maschsee erlaubt werden. In einem weiteren Schritt soll dann mit den verschiedenen Interessen- und Nutzer*innengruppen am Maschsee eine Überarbeitung der Maschseeordnung erfolgen.

Theater für Hannover

Im Sommer haben mehrere kleine private Theater und Kulturschaffende öffentlich auf ihre prekäre Lage durch die Auflagen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie aufmerksam gemacht. Im Kern besteht deren Problem darin, dass sie durch die geltenden Abstandsregelungen zu wenige Zuschauer*innen in ihre Spielstätten lassen können, um diese wirtschaftlich zu betreiben. Auf Initiative unserer Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack haben wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern im Rat mehrere Gespräche mit den Kulturschaffenden geführt und gemeinsam nach einer Lösung für dieses Problem gesucht.

Am heutigen Freitag beschließen wir im Kulturausschuss die Förderung für das Projekt „**Theater für Hannover**“ ([DS 1855/2020](#)). Bei diesem Projekt stellt das Kulturzentrum Pavillon seinen großen Saal für Vorstellungen von kleinen, privatwirtschaftlich geführten Theatern aber auch für Freie Theater- und Tanzakteur*innen zur Verfügung. Wir freuen uns, dass dieses Projekt kurzfristig auf die Beine gestellt wurde und so Kulturschaffenden geholfen wird.

Grabstätte von Arthur Menge

Im heutigen Kulturausschuss werden wir es ablehnen, die Grabstätte des früheren Bürgermeisters Arthur Menge zu einer „bedeutenden Grabstätte“ aufzuwerten. Damit die Stadt dieses Grab pflegt, wie von den Nachfahren Menges gewünscht, bedürfte es nicht einer solchen Widmung.

Für uns ist die Ablehnung eine Gewissensentscheidung, weil Menge bereits vor 1933 mit den Nationalsozialisten eng zusammengearbeitet hat, später Mitglied der SS wurde und vor allem an der Verdrängung von sozialdemokratischen und jüdischen Beschäftigten aus der Stadtverwaltung beteiligt war. Ebenso hat Menge die Enteignung jüdischer Geschäftsleute, die sogenannte „Arisierung“, unterstützt, die der damalige Stadtbaurat Karl Elkart vorantrieb. In Menges Amtszeit wurde auch der Maschsee angelegt – unter Arbeitsbedingungen, die denen der Zwangsarbeit vergleichbar waren.

In der [Verwaltungsvorlage](#) heißt es: „Die Bewertung Menges als historische Person ist [...] zentral abhängig von seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus.“ – Und eben deshalb lehnen wir die Aufwertung seiner Grabstätte ab – zumal die Pflege der Grabstätte Arthur Menges durch die Stadt auch auf einem anderen Wege möglich geworden wäre.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,
Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>, Instagram:
<https://www.instagram.com/spdrathannover/>, Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>